

# 20 denkpause

informationen von ilka schröder aus dem europaparlament

LiebeR LeserIn,

was ist der Unterschied zwischen deutschen Organisationen wie den Revolutionären Zellen (RZ) und völkischen Terroristen? Gemeinsamkeiten gibt es einige: Linke Deutsche hatten nie Berührungsängste zu so genannten Befreiungsbewegungen. 1976 entführten die RZ gemeinsam mit der palästinensischen PFLP eine aus Tel Aviv kommende Air-France Maschine nach Entebbe. Die deutschen RZ-Mitglieder Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse wirkten an der Aussonderung der israelischen Staatsbürger und Juden anderer Staatsangehörigkeit von den übrigen Flugpassagieren mit. Andere »Genossen« bekamen in palästinensischen Ausbildungslagern Kenntnisse an der Waffe vermittelt, in den gleichen Lagern wurden auch deutsche Neonazis ausgebildet. Unterschiedlich ist jedoch die Reaktion der bundesdeutschen Eliten. Die RAF wurde von einem bis an die Zähne bewaffneten Staat bekämpft, obwohl es gar nicht ihre Aktionsform war, sich mit möglichst vielen Zivilisten in die Luft zu sprengen. Unvorstellbar, dass nach der Ermordung eines Bankchefs oder Arbeitgeberpräsidenten in Deutschland die Hinwendung zum Kommunismus beschlossen worden wäre. Bei Terroristen in sicherer Entfernung verhält sich Deutschland nun anders. Für den völkischen Terror auf dem Balkan stellte sich die NATO als Luftwaffe zur Verfügung, von Israel wird nach jedem Attentat ein eigener Staat für die Palästinenser und militärischer Rückzug verlangt. Selbst als hunderte Menschen in Moskau von islamistischen tschetschenischen Geiseltangestern gefangen genommen wurden, hatte die westeuropäische Politikberatung kaum andere Ratschläge, als Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, den Befreiungskämpfer-Terroristen dort endlich die Macht zu überlassen. Wäre Deutschland so selbst mit den Kämpfen im eigenen Land umgegangen, hätten wir heute eine Räte-republik und in jedem Dorf einen Baader-Platz und eine Meinhofstraße. Wird die jüngste Sympathie für völkischen Terror fortgeführt, besteht aber eher die Gefahr, dass Sie die DENKPAUSE in eine Barghuti-Straße oder eine Bassajew-Allee umbestellen müssen.

Ihre Ilka Schröder

## Terror mit EU-Geldern?

Untersuchungsausschuss soll Zahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde untersuchen



Abgeordnete aus allen Fraktionen des Europäischen Parlaments unterstützen die Initiative, einen Untersuchungsausschuss zu den EU-Zahlungen an Arafats Behörde einzurichten. Gegenwind kommt vor allem aus meiner eigenen Fraktion - der Vereinigten Linken - und auch von den Sozialdemokraten. Obwohl die Europäische Kommission in einer vertraulichen Sitzung bereits die Korruption mit EU-Geldern in der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) eingeräumt hat, glauben meine KollegInnen weiter an die zweckmäßige Verwendung der Gelder und fordern sogar noch mehr Hilfen für die PA. (>> Seite 2)

## Eindämmen, abgrenzen, wegschieben

»Ausländer raus«-Initiativen der EU-Kommission

Die Europäische Union vereinheitlicht die Innen- und Justizpolitik. Ziel der Übung ist es, die Chancen auf Asyl in Europa weiter einzuschränken. Bereits in den Herkunftsregionen sollen die Wanderungsströme eingedämmt werden, die EU-Außengrenzen werden weiter ausgebaut. Wenn das alles nichts hilft, dann wird abgeschoben, was das Zeug hält.

(>> Seite 4)

## Weitere Themen:

Antiamerikanische Pöbeleien  
Echelon-Konsequenzen und Anti-Terror-Kampf  
Reaktionen auf die letzte Denkpause  
Zwei ehemalige Abgeordnete der Grünen kritisieren Nahost-Position

Termine & Impressum



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Abgeordnete aus allen Fraktionen des Europäischen Parlaments unterstützen die Initiative, einen Untersuchungsausschuss zu den EU-Zahlungen an Arafats Behörde einzurichten. Gegenwind kommt vor allem aus meiner eigenen Fraktion - der Vereinigten Linken - und auch von den Sozialdemokraten. Obwohl die Europäische Kommission in einer vertraulichen Sitzung bereits die Korruption mit EU-Geldern in der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) eingeräumt hat, glauben meine KollegInnen weiter an die zweckmäßige Verwendung der Gelder und fordern sogar noch mehr Hilfen für die PA.

## Terror mit EU-Geldern?

Untersuchungsausschuss soll Zahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde untersuchen



Die ausführliche Darstellung innerfraktioneller Differenzen soll zum einen eine Meinungsbildung über die GUE/NGL ermöglichen, zum anderen ist die Darstellung der gegensätzlichen Position ein Wunsch der Fraktionsführung und insbesondere auch der PDS-Delegation in der Fraktion.

**Ilka Schröder zu »Naher Osten«**

<http://www.ilka.org/themen/naherosten>

**»Arafat bombt, die EU zahlt«**

[http://www.zeit.de/2002/24/Politik/200224\\_arafat\\_haupttext.html](http://www.zeit.de/2002/24/Politik/200224_arafat_haupttext.html)

**Botschaft des Staates Israel in Deutschland**  
<http://www.israel.de>

Wenn diese Kinder von der israelische Armee erschossen werden, wird Europas Linke wieder »Kindermörder Sharon« skandieren.

Wenn es in das Konzept passt, stellt sich die linke EP-Fraktion als antiautoritär dar und hinterfragt berechtigterweise jede Mitteilung der EU-Kommission. Im Fall der mutmaßlichen Verwendung von EU-Geldern für den Terror gegen Israel ist es mehr als umgekehrt. Als die Europäische Kommission alle Vorwürfe pauschal abstritt, verwies die Fraktion stets auf die Aussagen der Kommission, an denen kein einziger Zweifel zulässig sei. Aber selbst nachdem die EU-Kommission am 04.11.2002 auf einen ihr unbekannt inoffiziellen Haushalt der Palästinenser verwiesen hatte, erklärt der Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL Francis Wurtz am 15.11.2002, dass er »die auf Initiative der Regierung Sharon geführte Kampagne gegen die von der Europäischen Union für die palästinensische Autonomiebehörde

bereitgestellte finanzielle Hilfe entschieden missbilligt«.

Trotz der auf Tonband vorhandenen inoffiziellen Zugeständnisse der Kommission zur Korruption mit EU-Steuergeldern in einer vertraulichen Sitzung glaubt die GUE/NGL weiter an die Korrektheit aller offiziellen Kommissions-Stellungnahmen: »Die Europäische Kommission hat, nachdem sie alle notwendigen Untersuchungen angestellt hat, bereits wiederholt diese Anschuldigungen zurückgewiesen, erklärt der Fraktionsvorsitzende Francis Wurtz. Er fordert sogar: »Die Europäische Union muss die Palästinensische Autonomiebehörde konsequent weiter unterstützen, zumal die israelischen Truppen während der letzten Monate zahlreiche palästinensische Infrastruktureinrichtungen, die von den europäischen Steuerzahlern

finanziert wurden, zerstört haben.« Würde man meinen Fraktionskollegen folgen, müsste man zum Beispiel mit EU-Mitteln den palästinensischen Rundfunk wieder aufbauen, in dem Aufforderungen zum Mord an Juden gesendet wurden. Gestritten wurde in der Fraktion um meine Anzeigen in den Magazinen KONKRET und JUNGLE WORLD, in denen ein bewaffneter Hamas-Kämpfer abgebildet war mit dem Kommentar »Sponsored by EU? Gegen EU-Hilfen an antisemitische Terroristen.« Bereits diese, eigentlich relativ selbstverständliche Meinungsäußerung hat für den heftigsten Streit in der Fraktion seit mindestens drei Jahren gesorgt. Da die Anzeige, wie auch diese DENKPAUSE, aufgrund von Regelungen des Parlaments das Logo der Fraktion tragen muss, wurde der weitere Gebrauch von Text und Motiv der Anzeige von der Fraktionsführung untersagt. Selbst mit einem Hinweis, dass die Fraktionsmehrheit eine zum Inhalt dieser Anzeige konträre Position vertritt, darf sie nun nicht mehr geschaltet werden. Es sieht so aus, als ob EU-Gelder zwar für antisemitischen Terror verwendet werden können, nicht aber für Anzeigen dagegen.

### EU zahlt Fatah-Zwangsbeitrag

Dank der Unterstützung von Abgeordneten aus allen Fraktionen des Europäischen Parlaments steht bei Redaktionsschluss mein Antrag auf einen Untersuchungsausschuss zum möglichen Missbrauch von EU-Geldern durch die Autonomiebehörde kurz vor der Bewältigung einer wichtigen Hürde – dem Einreichen des Antrags mit mindestens einem Viertel der Unterschriften aller Abgeordneten.



## >> Darf man mit Tories zusammenarbeiten?

Während der Großteil der Vereinigten Europäischen Linken (GUE/NGL), der Sozialdemokraten und Grünen dem Projekt eines Untersuchungsausschusses feindselig gegenübersteht, findet die Untersuchung Freunde bei Leuten, mit denen man sich sonst im Dauerclinch befindet: englische Konservative, italienische Postfaschisten, französische Jagdverteidiger und niederländische bibeltreue Christen. Die Freunde Palästinas, die über die offene Unterstützung der PLO durch die offenen Faschisten lieber schweigen, und sich über die merkwürdigen Koalitionen zwischen Linksradiakalen, Stalinisten, alternativen Gutmenschen, salbungsvollen Sozialdemokraten und Stiefel-Nazis mit obskuren Theorien hinwegtrösten, werden nun sagen: Da sieht man's wieder, dies ist kein linkes Projekt!

Ich sehe das ein bisschen anders. Es ist nämlich kein Zufall, dass bis auf ein paar verstreute Liberale und Sozialdemokraten, und ein paar Leute, denen es wirklich nur um Steuergelder geht, die Unterstützer des Projekts in ihren Ländern für ein engeres Bündnis mit den USA stehen. Denn die Unterstützung der PA durch die EU ist vor allem ein Störmanöver gegen die USA und ein wichtiger Bestandteil der alternativen Weltmachtstrategie der EU. Diese PLO-Solidaritätsbewegung besteht darum auch aus einem Haufen nützlicher Idioten des EU-Imperialismus. »Der Hauptfeind«, mahnte Karl Liebknecht 1916, »steht im eigenen Land«. Im Gegensatz zu Leuten, die sich sonst lang und breit auf Lenin, Liebknecht, Luxemburg berufen, knüpfe ich an diese Weisheit an: Der Hauptfeind ist immer das eigene Land. Es ist zwar schlimm, dass diese simple Einsicht bei der europatriotisch gesonnenen Linken auf taube Ohren stößt. Aber ein Grund, dieses Projekt zu beenden, ist es gewiss nicht, eher im Gegenteil. Auch wenn man sich sicher sein kann, dass es dem Großteil der in diesem Fall Verbündeten wohl leider um anderes geht, als einem selbst.

Laut diesem Antrag sollen Vorwürfe untersucht werden, dass die PA durch Budgetmanipulationen Teile der EU-Gelder, die vor allem für die Löhne und Gehälter der Behördenmitarbeiter vorgesehen sind, für andere, zum Beispiel terroristische Zwecke, verwendet habe.

Die israelische Regierung präsentierte Dokumente, nach denen die PA nur 55-65 Prozent der Summe für die vorgesehenen Ausgaben verwendet hat. Mechanismen, diese Tatsache zu verschleiern, beinhalteten z.B. die Erzeugung von undokumentierten Überschüssen durch falsche Wechselkurse und die Bildung einer schwarzen Kasse. Der PA wird auch vorgeworfen, übertriebene Mitarbeiterzahlen mit entsprechend falschen Abrechnungen von Löhnen und Gehältern vorzulegen. Zu diesem Vorwurf nahm die Europäische Kommission noch immer nicht erschöpfend Stellung.

Auf die von der EU bezahlten Gehälter für PA-Mitarbeiter ist eine Zwangsabgabe von 1,5 bis 2 Prozent als »Fatah-Mitgliedsbeitrag« erhoben worden. Die EU-Kommission verwies hier auf ähnliche Regelungen, die angeblich auch in EU-Mitgliedsstaaten bestünden, z.B. die im Saarland und in Bremen vorhandenen Arbeitskammern sowie skandinavische oder englische Gewerkschaften. Zwar ist es richtig, dass auch hier eine Zwangsmitgliedschaft besteht, im Gegensatz zu den europäischen Organisationen

ist die Fatah als Regierungspartei aber wohl kaum in der Lage, eine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Arbeiterkammern und Gewerkschaften verfügen im Regelfall auch nicht über enge Kontakte zu Organisationen, die sich öffentlich zu Selbstmordattentaten als Mittel ihrer Politik bekennen.

Weder zur Aufklärung noch zur Beruhigung trägt die Äußerung von EU-Kommissar Christopher Patten bei, die direkte Budgethilfe für die PA sei nun einmal nicht zweckgebunden und könne darum in ihrer Verwendung nicht kontrolliert werden. Zum einen ist diese Aussage nicht ganz zutreffend: Die direkte Budgethilfe wurde gewährt, um die im Budget vorgesehenen Ausgaben tätigen zu können. Bislang ist jedoch nicht bekannt geworden, dass Terrorakte im offiziellen Haushaltsplan der PA als Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sind. Zum zweiten sollte die Feststellung einer Unkontrollierbarkeit auch zu der Frage führen, ob die EU nicht das falsche Mittel gewählt hat, in ihrem vorgeblichen Bestreben, die Verhältnisse in den palästinensischen Gebieten zu verbessern. Die Praxis der Zahlungen an die PA ist für diesen Zweck nicht geeignet. Angesichts des Partners, dem die Finanzhilfen zu Gute kommen, wäre es dringend notwendig, die schärfsten aller denkbaren Kontrollen einzuführen. Lediglich zur Destabili-



**Ob ihre Waffen von der EU finanziert wurden, soll ein Untersuchungsausschuss im Europäischen Parlament klären.**

»Unbeugsame Gutgläubigkeit«  
[http://www.zeit.de/2002/34/Politik/print\\_200234\\_eu\\_gelder\\_palaes.html](http://www.zeit.de/2002/34/Politik/print_200234_eu_gelder_palaes.html)

sierung Israels durch Stärkung seines Gegners ist die Haushaltsbeihilfe genau das richtige Mittel.

### Weder EU noch IWF kontrollieren

Die Vorgehensweise der EU-Kommission bei der Aufklärung erweckt zusätzliches Misstrauen. Vorwürfe werden erst pauschal abgestritten, wenn ein Leugnen aufgrund bedrückender Beweislast nicht mehr möglich ist, sucht man sich neue Ausreden. So hatte die israelische Armee einen Scheck vorgelegt, auf dem Arafats Behörde Zahlungen an eine Familie von Selbstmordattentätern anwies. Der Scheck war exakt auf jenes Konto ausgestellt, auf das auch die EU-Hilfen gelangen. Die Kommission bezweifelte zunächst die Darstellung der israelischen Armee. Später wurde die Echtheit eingeräumt. Die Ausflucht der EU lautet jetzt, dass auf dem Konto schließlich auch andere Gelder eingehen, es also nicht gesagt ist, dass ausgerechnet die Euros, die von der EU kommen, an die Attentäterfamilien gezahlt wurden. Die Förderung der Attentäterfamilien durch die Autonomiebehörde stößt in der EU kaum auf Widerstand.

Würde die Verwendung der europäischen Hilfen dafür gestoppt, hätte das auch noch einen weiteren Nachteil für alle Gegner Israels.

(weiter Seite 4)

»The Involvement of Arafat, PA Senior Officials and Apparatuses in Terrorism against Israel, Corruption and Crime, Report prepared by a team headed by Dani Naveh, Minister of Parliamentary Affairs, Government of Israel«  
<http://www.israel-mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAHolomo>

Auf der Website des American Center for Democracy finden sich eine Vielzahl von Beiträgen, die sich in erster Linie mit der Korruption der PA beschäftigen. Dabei wird zumindest der Kontrast zwischen den hohen Einkünften der PA-Mitglieder und der Armut ihres Fußvolks deutlich, was zumindest die Verantwortung Israels für Mangelernährung und mangelnde medizinische Versorgung ziemlich in Frage stellt.  
<http://public-integrity.org/issues.htm>

Netzwerk Frieden und Sicherheit in Israel  
[www.chaveer.de](http://www.chaveer.de)

Die Europäische Union vereinheitlicht die Innen- und Justizpolitik. Ziel der Übung ist es, die Chancen auf Asyl in Europa weiter einzuschränken. Bereits in den Herkunftsregionen sollen die Wanderungsströme eingedämmt werden, die EU-Außengrenzen werden weiter ausgebaut. Wenn das alles nichts hilft, dann wird abgeschoben, was das Zeug hält.

# Eindämmen, abgrenzen, wegschieben

»Ausländer raus«-Initiativen der EU-Kommission

Für die ärmlichen Lebensumstände der Mehrheit der Palästinenser könnte nicht weiter Israel verantwortlich gemacht werden, wenn die PA ihre hierfür ausreichenden Mittel zielgerichtet verwenden würde.

Gerne verweist die Kommission auf die Budget-Kontrolle des Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Verwendung der EU-Gelder an die PA überprüfen soll. Doch es ist der IWF selbst, der dieses Argument widerlegt: »Der IWF ‚überwacht‘ nicht ‚auswärtige Finanzhilfen‘ an die Palästinensische Autonomiebehörde. Er liefert der EU lediglich Informationen über allgemeine Entwicklungen, die in Verbindung mit dem Haushalt stehen. Der IWF überwacht nicht und kontrolliert auch nicht jeden einzelnen Haushaltsposten.« schreibt der Direktor der Abteilung für auswärtige Beziehungen des IWF, Thomas C. Dawson, in einem Leserbrief an THE WALL STREET JOURNAL.

Wegen der Aktivitäten der Europäischen Kommission ist ein Untersuchungsausschuss also dringend notwendig. Für die Ausschussarbeit ist es wichtig, nicht schon bei der Tätigkeit eines Rechnungsprüfers aufzuhören, sondern auch eine politische Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und Israel zu leisten. Ob das Europäische Parlament seine im bürgerlichen parlamentarischen System zugewiesene Aufgabe der Kontrolle der Kommission ernst nimmt, bleibt abzuwarten. Im Oktober 2002 hat das Parlament entgegen einem Votum des Haushaltsausschusses die bedingungslose Auszahlung von 15 Millionen Euro an die PA beschlossen.



Protest gegen Abschiebungen

»Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen« der Titel des Grünbuchs der Europäischen Kommission, mit dem sie im April die Richtlinien ihrer Politik formulierte, sagt bereits einiges aus über die Politikvorstellung der Urheber zum Thema Justiz und Inneres. Das Grünbuch ist eine Art Zwischenbericht der Kommission, in dem sie den bisherigen Prozess begutachtet und überlegt, wie sie Migranten weiter behindern und Asyl unmöglich machen kann.

Im Oktober 2002 legten die Verfasser dem Grünbuch ungewöhnlich schnell ein so genanntes Weißbuch nach. Dabei basiert diese offizielle Mitteilung an den Rat und das Europaparlament auf den Ergebnissen des informellen Innenministertreffens in Kopenhagen im September 2002.

Bereits das Inhaltsverzeichnis erweckt den Eindruck, eher das Programm der NPD vor sich zu haben, als ein Politikkonzept der EU. Einige beispielhafte Kapitel des Weißbuchs heißen dementsprechend »Konzentration auf die Rückkehr illegal aufhältiger Personen, Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern im Bereich Rückkehr und Rückübernahme, Bewährte Praktiken, Regeln für die Rückübernahme, Gemeinsame

Rückführungsmaßnahmen, Abschiebung« oder auch »Beendigung des legalen Aufenthaltes«.

Da es noch keine legale Basis für eine EU-weite Zusammenarbeit auf der operationellen Ebene gibt, also da es bisher keine von der EU verwalteten Abschiebeknäste oder Asylanerkennungsbehörden existieren, sollen mittelfristig gemeinsame Standards beschlossen werden. So wird gewährleistet, dass dann letztlich alle EU-Staaten auf nationaler Ebene die gleichen Schweinereien veranstalten.

## Abschüblinge in Baden-Württemberg kooperieren schlecht

Aufgrund der nationalen Erfahrungen sollen Elemente einer integrierten Abschiebepolitik herausgearbeitet werden. Gute Ideen für ihre menschenfeindlichen Absichten bekommt die Kommission fast von überall. Roland Eckert, seines Zeichens Ministerialdirigent im baden-württembergischen Innenministerium, hält es beispielsweise für eine Unverschämtheit der Ausländer, wie wenig sie bei ihrer Abschiebung in Hunger, Verfolgung, Folter und Krieg behilflich sind.

Im Amtsdeutsch klingt der Zorn

Grünbuch »Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen«  
[http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2002/com2002\\_0175de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2002/com2002_0175de01.pdf)

Weißbuch »Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen«  
[http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2002/com2002\\_0564de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2002/com2002_0564de01.pdf)

Nicholas Busch: Ein »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?«, 2001,  
[www.pds-europa.de/materialien/asyl-migra.pdf](http://www.pds-europa.de/materialien/asyl-migra.pdf)

Ilka Schröder zum Thema »Festung Europa«  
<http://www.ilka.org/themen/fe.html>

**Büros im Überblick**

Ilka Schröder  
Postfach 080417  
10004 Berlin  
Fon:  
+49.30.22 77 14 08  
Fax:  
+49.30.22 77 68 21  
berlin@ilka.org

Rue Wiertz  
ASP 08 G 253  
1047 Bruxelles  
Fon:  
+32.2.2 84 74 49  
Fax:  
+32.2.2 84 94 49  
bruxelles@ilka.org

www.ilka.org

des Bürokraten dann folgendermaßen: »Aus den Erfahrungen der letzten Jahre beim Vollzug des Ausländerrechts durch die Ausländerbehörden des Landes Baden-Württemberg weiß ich, welche Schwierigkeiten bestehen, Ausländer gegen ihren Willen in ihre Heimat abzuschicken. Von der mangelnden Mitwirkungsbereitschaft bei der Beschaffung eines Heimreisedokuments über das Vortäuschen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu renitentem Verhalten am Tag der Abschiebung müssen vielfältige Schwierigkeiten bewältigt werden. Dabei zeigt die Erfahrung, dass viele Ausländer bereit sind, alle sich bietenden Möglichkeiten zur Verlängerung ihres Aufenthaltes auch über die Grenze des Missbrauchs der Gesetze hinaus auszuschöpfen. Ich schlage vor, dies bei den weiteren Überlegungen der Kommission stärker zu berücksichtigen, um unnötige Anreize für solches Verhalten zu vermeiden, Sanktionen sollten für entsprechendes Verhalten vorgesehen werden.«

Dementsprechend will die EU-Kommission mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge stärker zusammenarbeiten, sowohl auf administrativer, als auch auf operationaler Ebene, um die Abschiebepolitik so effektiver zu gestalten. Deshalb sind umfangreiche »Rückübernahmeabkommen« mit den Hauptursprungsländern der Migration nach Europa wie

Pakistan, Sri Lanka, Marokko oder Macau geplant. Während die Rückübernahme von Flüchtlingen früher in Wirtschaftsabkommen vereinbart wurde, werden heute eigene Abschiebeabkommen verhandelt.

**Go home nach Hongkong**

Anders ausgedrückt: Wurden früher die Länder mit Wirtschafts- und Entwicklungshilfe erpresst, der EU zu Willen zu sein, mag die EU heute eine solche Verbindung gar nicht mehr herstellen. Die Gefügigkeit gegenüber der EU wird vorausgesetzt, sie muss nicht mehr – wenn auch für ein paar Brosamen – erkauf werden. Dazu passt, dass in alle zukünftigen Assoziations- und Kooperationsabkommen Standardklauseln zur Rückübernahme eingefügt werden. Wer mit der EU zusammenarbeiten will, der hat mit seinen Bürgern so zu verfahren, wie es die EU will. Die Kriterien, nach denen die Staaten ausgewählt wurden, lauten folgerichtig »Wanderungsdruck auf die EU«, »regionale Kohärenz« und »geographische Nähe«, denn natürlich will die EU möglichst viele »illegal Aufenthaltliche« mit einer Klappe schlagen.

Ein Pilotabschluss mit Hongkong passiert Anfang Dezember das Europäische Parlament und tritt dann bald in Kraft. Die Besitzer eines Hongkonger Reisepasses erhalten eine dreimonatige Visumsfreiheit in der EU, im

Gegenzug verpflichten sich beide Vertragsparteien, Abschiebefragen beschleunigt zu bearbeiten. Auch Personen aus anderen Staaten, die Hongkong nur als Transitland durchquert haben, können dorthin »zurückgeführt« werden. Lästige Staatsbürgerschaftsnachweise, die bisher teilweise Abschiebungen verhindert haben, bleiben den Behörden dabei künftig erspart. Die Beweisführung, wonach Personen über Hongkong eingereist sind, wird vereinfacht.

Denn: Nicht nur offizielle Dokumente wie Visumseinträge im Pass erlauben künftig die Abschiebung, schon Hotelrechnungen, Arzttermine in Hongkong oder Passagierlisten reichen nunmehr aus. Weil Ärzte, Hotels und Fluggesellschaften aber die Namen ihrer Kunden nicht überprüfen, können solche Belege gefälscht werden. Das ist aber nicht wirklich nötig, weil auch »Prima Facie Evidence«, also Beweise des ersten Augenscheins wie »offizielle Aussagen« der Grenzbehörden, abgehörte Aussagen der Person selbst, Informationen einer »internationalen Organisation« und auch Informationen von Mitreisenden ausreichen, um jemanden nach Hongkong abzuschicken.

Die Wünsche des Ministerialdirigenten aus Baden-Württemberg wurden also erhört.

# Antiamerikanische Pöbeleien

## Echelon-Konsequenzen und Anti-Terror-Kampf

Ilka Schröder zu  
»Privacy im Internet«  
<http://www.ilka.org/themen/infotech.html>

**Ende Oktober debattierte** das Europäische Parlament über die Evaluation der seit einem Jahr in der EU geltenden neuen Anti-Terror-Gesetze. Am gleichen Tag diskutierte das Parlament über die Konsequenzen aus den Untersuchungen zum Spionagesystem »Echelon« im Europäischen Parlament. In den beiden Debatten wurde dabei das instrumentelle Verhältnis deutlich, das die EU, wie jeder bürgerliche Staat, zu den so hoch gelobten Menschen- und Bürgerrechten hat

In der ersten Debatte, über die angeblich der Terrorismus-Bekämpfung dienenden Maßnahmen, zeigte sich die Parlamentsmehrheit hochzufrieden über die Ausweitung staatlicher Schnüffel- und Überwachungskompetenzen. Dass es der EU dabei jedoch keineswegs um den Kampf gegen »den Terror« geht, sondern

allenfalls um den Terror, der ihr nicht ins politische Konzept passt, zeigt sich schon deutlich anhand der Fortsetzung der EU-Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde. Denn die stichhaltigen Vorwürfe, nach denen europäische Hilfsgelder systematisch zur Finanzierung des Terrors verwendet wurden, werden von der EU nicht ernsthaft untersucht.

In der zweiten Debatte erregten sich die gleichen EU-Parlamentarier über die Bedrohung der Grundrechte von EU-Bürgern. Kein Wunder, denn beim Tagesordnungspunkt »Echelon« stehen die USA im Mittelpunkt der Aufregung um Schnüffelaktivitäten. Die Sorge um die Grundrechte der EU-Bürger ist allerdings eine wenig glaubhafte Begründung für die Kritik an den USA. Denn mit dem in den letzten zwölf Monaten realisierten Ausbau

staatlicher Überwachungskompetenzen sowie der gleichzeitigen Einschränkung der Privatsphäre folgt die EU letztlich der gleichen Strategie wie die USA.

Die unterschiedlichen Maßstäbe für den europäischen und US-amerikanischen Grundrechtsabbau erhärten den Verdacht, dass es hier eben nicht um den »Schutz der Grundrechte« geht, sondern um Pöbeleien gegen die USA. Dieser unverblühte Antiamerikanismus dient zusätzlich noch dazu, von den eigenen Aktivitäten abzulenken. Damit ist sich das Europäische Parlament mit der Zivilgesellschaft einig, die zum Jugoslawien-Krieg größtenteils schwieg oder ihn betrieb, nun aber anlässlich des möglichen Irakkrieges ihre antiamerikanische Liebe zum Frieden wieder entdeckt.



# Nachwirkungen der DP 19

## Zwei ehemalige Abgeordnete der Grünen kritisieren Nahost-Position

**Ein Großteil der Leserbriefe beschäftigte sich wieder mit der Berichterstattung zum Nahost-Konflikt.**

Der frühere Grünen-Europaabgeordnete Jakob von Uexküll attestiert mir »wegen Israel hast Du Dich leider völlig verrannt. Informier Dich doch bei mutigen Israelis wie Felicia Langer und Uri Avnery (Gush Shalom) — nicht bei `linken` ehemaligen DDR- jetzt Sharon-Apologeten (z.B. `KONKRET`)«. Der Satz wirft viele Fragen auf. Zunächst ist Felicia Langer vor allem für ihre Buchpublikationen in DDR-Verlagen und ihre prominente Stellung bei der Legitimation der antizionistischen DDR-Außenpolitik bekannt. Sie hat Jürgen W. Möllemann auf einer Veranstaltung der österreichischen Grünen verteidigt. Das ist in Deutschlandösterreich nicht besonders mutig und schon gar kein Grund für mich, ihre Äußerungen als Leitlinie für meine Politik zu berücksichtigen.

Gush Shalom wird zu einem großen Teil aus Deutschland finanziert, so floss beispielsweise auch Geld von der Stiftung des Leserbriefautors, der Right Livelihood-Award Stiftung (in etwa: Stiftung für die richtige Lebensführung). Deren Vermögen wurde nach Darstellung eines Flugblattes des BER-

LINER INSTITUT FÜR FASCHISMUS-FORSCHUNG UND ANTIFASCHISTISCHE AKTION E. V. ([http://www.dki.antifa.net/snowwhitemirror/flugis/Flugblatt\\_2002\\_05\\_22\\_BIFFF.html](http://www.dki.antifa.net/snowwhitemirror/flugis/Flugblatt_2002_05_22_BIFFF.html)) teilweise von Jakob von Uexküll senior durch die Verbreitung von nationalsozialistischer Literatur erwirtschaftet. Da liegt der Verdacht nahe, dass sich manche Deutsche ein Sprachrohr finanzieren, über das dann das ausgesprochen wird, was die Auftraggeber schon immer mal hören wollten, sich aber nie selbst zu sagen trauten.

Als Reaktion auf seinen in der Ausgabe 19 veröffentlichten Leserbrief wurde das Arbeitsverhältnis »Honorarkraft auf Teilzeitbasis« des langjährigen hauptamtlichen Leiters des Besucherdienstes der Gedenkstätte Bergen-Belsen Julius H. Kriszan fristlos gekündigt, wie die HANNOVERSCHER ALLGEMEINE ZEITUNG (HAZ) am 13.07.2002 berichtete. In dem Brief schrieb Kriszan, »die Besatzungspolitik der Israelis unterscheidet sich kaum von der der Nazis in Polen - und ich dachte die Juden hätten aus ihrer Geschichte gelernt«. Die Verantwortlichen in Bergen-Belsen waren daraufhin entsetzt. »Geschichtsklitterung und Relativierung von NS-Verbrechen« wirft ihm die

Landeszentrale für politische Bildung als Trägerin der Gedenkstätte vor. Weiter heisst es dort: »Dass Kriszan die Frankiermaschine benutzte und auch E-Mails von der Gedenkstätte aus abschickte, könnte für den Beamten disziplinarrechtliche Folgen haben«. Aus der Partei der Grünen, deren Ortsverband Winsen an der Aller Kriszan mit seinem Briefpapier und seiner Adresse in weiteren wirren Briefen an mich ebenfalls vertritt, wurden hingegen keinerlei Reaktionen bekannt. Laut HAZ war Kriszan von 1983 bis 1985 sogar Bundestagsabgeordneter der Grünen. Die Partei hat allerdings ein wirkliches Problem: Wenn sie die Relativierung von NS-Verbrechen ernsthaft würde ahnden wollen, müsste sie bis zur höchsten Ebene ausmisten. Zur Begründung des Angriffs auf Jugoslawien wurde Auschwitz unter dem Motto »Gerade wir Deutschen...« als Standortvorteil für deutsche Angriffskriege auf ehemalige Nazi-Gegner umgedeutet.

Wer die DENKPAUSE im Abo bekommen will, kann sie unter [aboda-tei@ilka.org](mailto:aboda-tei@ilka.org) oder den im Impressum genannten Kontaktdaten kostenlos bestellen – Abbestellungen bitte an die gleiche Adresse.

**Impressum**  
Denkpause ist eine Informationsschrift von Ilka Schröder, Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion »Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke«  
**Herausgeberin, Verlag und V.i.S.d.P.:** Ilka Schröder, Postfach 080417, 10004 Berlin, eMail: [denkpause@ilka.org](mailto:denkpause@ilka.org), **Fon** +49-30.2277 1408 **Fax** +49-30.2277 6821 [www.ilka.org](http://www.ilka.org)  
**Layout:** Jason Krüger, (Verlag junges Berlin)  
**Druck:** Fata Morgana  
**Auflage:** 6.000  
**ISSN:** 1439-5363  
**Redaktion:** Tilmann Heller, Ilka Schröder, Frank Oliver Sobich.  
Damit sich die/der LeserIn auch aus anderen Quellen informieren kann, sind zu vielen Meldungen und Berichten Internetadressen angegeben. Für die Inhalte der einzelnen Internetseiten übernimmt die Herausgeberin keine Verantwortung (u.a. wegen ständiger Veränderungsmöglichkeit der Inhalte). Im Sinne des Urteiles des LG Hamburg v. 12.05.1998 – 312 O 85/98 distanziert sich die Herausgeberin daher ausdrücklich von allen Inhalten der angegebenen Seiten.  
**Abo:** kostenlos unter o.g. Adresse zu bestellen. Denkpause kann auch als eMail bestellt werden. Ältere Ausgaben als pdf oder html verfügbar unter [www.ilka.org](http://www.ilka.org). Die Texte der Denkpause können gerne gegen Belegexemplar und Quellenangabe nachgedruckt werden. Sollten wir von unserer Seite aus das Einholen von Erlaubnissen zum Abdruck (z.B. von Grafiken) vergessen haben, bitten wir die Betroffenen darum, sich bei uns zwecks Klärung zu melden.

## Termine

**07.12.2002** ↗ Berlin, FU

**Liegeplätze statt Standorte**

Verschärfte Konferenz um den Reichtum der Welt

[HTTP://WWW.JUNGE-LINKE.DE/KONFERENZ.HTML](http://www.jungelinke.de/konferenz.html)

**12.-13.12.2002** ↗ Kopenhagen

**Gegen den EU-Gipfel**

fight fortress europe – solidarity with israel

[HTTP://WWW.RE.ANTIFA.NET/ARCHIV/00112002.HTML](http://www.re.antifa.net/archiv/00112002.html)

**13.-15.12.2002** ↗ Seminar

**Antisemitismus – der Sinn des Wahnsinns**

[HTTP://WWW.JUNGE-LINKE.DE](http://www.junge-linke.de)

**17. 12. 2002, 20.00 Uhr** ↗

Freiburg, Jos Fritz-Café

**Gegen Attac!**

Über den Fetischismus in der Politik

[HTTP://WWW.ISF-FREIBURG.ORG/](http://www.isf-freiburg.org/)

**18.12.2002, 08.00 Uhr** ↗ Stadthalle

Bergen-Enkheim bei Frankfurt/ℳ

**Demonstration gegen die I.G.-Farben-Hauptversammlung**

[HTTP://WWW.COPYRIOT.COM/SINISTRA/](http://www.copyriot.com/sinistra/)

**20.-22.12.2002** ↗ Seminar

**Staat schlägt sich, Staat verträgt sich Seminar zum Irak-Krieg usw.**

[HTTP://WWW.JUNGE-LINKE.DE](http://www.junge-linke.de)

**14. 01. 2003, 20.00 Uhr** ↗

Freiburg, Jos Fritz-Café

**Das »Empire« des Antonio Negri.**

Einladung der Linken in eine neue konservative Revolution

[HTTP://WWW.ISF-FREIBURG.ORG/](http://www.isf-freiburg.org/)

**31.01.-02.02.2003** ↗ Seminar

**Jagd auf Roter Oktober.**

Realsozialismus-Seminar

[HTTP://WWW.JUNGE-LINKE.DE](http://www.junge-linke.de)

**26.02.2002, 20.00 Uhr** ↗

Mannheim, Der Andere Buchladen

**Eichmann in Jerusalem. Antisemitismus und Nationalsozialismus**

[HTTP://WWW.ROSA-LUXEMBURG-GESELLSCHAFT.ORG/VERANST.HTM](http://www.rosa-luxemburg-gesellschaft.org/veranst.htm)